

WOHNUNGSMANGEL IN HESSEN

ES HilFT NUR EINS: BAUEN, BAUEN, BAUEN

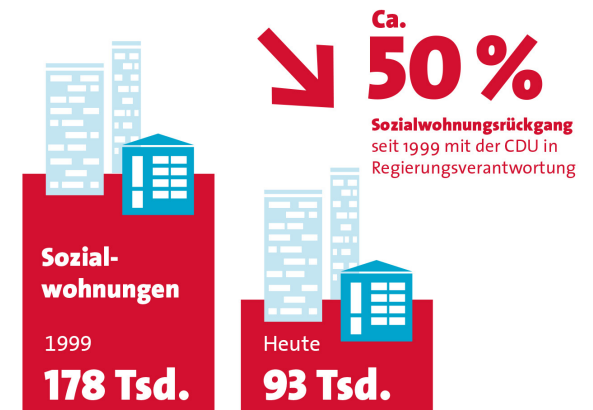
Ein massives Umsteuern in der hessischen Wohnungspolitik hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** gefordert. In Hessen fänden immer weniger Menschen eine bezahlbare Wohnung. Im Rhein-Main-Gebiet sei die Lage besonders dramatisch. Bezahlbares Wohnen sei aber schon längst für alle Landesteile ein Problem. Zahlreiche Städte in Hessen würden überdurchschnitt-



lich wachsen. Alleine in Frankfurt werde ein Bevölkerungswachstum bis 2030 von rund 100 000 Menschen erwartet. Diese Menschen benötigten etwa 90 000 Wohnungen, sagte Schäfer-Gümbel.

In hessischen Großstädten zahle ein wachsender Teil der Mieter mittlerweile 40 Prozent und mehr des Einkommens für Kaltmieten. Gerade Familien und junge Berufseinsteiger, aber auch Bürger mit normalen Einkommen würden dadurch verdrängt. Bezahlbares Wohnen sei die neue soziale Frage des nächsten Jahrzehnts.

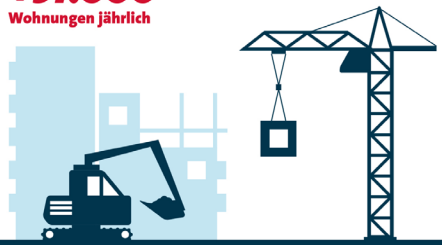
Der SPD-Fraktionschef warf der Landesregierung Untätigkeit vor. In der Regierungszeit der CDU habe sich seit 1999 die Zahl der Sozialwohnungen nahezu halbiert. Bezahlbarer Wohnraum sei vor al-



DIE ZAHL DER SOZIALWOHNUNGEN IN HESSEN HAT SICH SEIT ANTRITT DER CDU-REGIERUNG NAHEZU HALBIERT.

GRAFIKEN: MANUELA KUHN

Bedarf
+37.000
Wohnungen jährlich



IM JAHR WERDEN IN HESSEN 37.000 NEUE WOHNUNGEN GEBRAUCHT. TATSÄCHLICH GEBAUT WURDEN 2016 NUR 20.000.

lem eine Frage des Willens. „Es hilft nur eins: Bauen, bauen, bauen“.

Die Sabotage der Mietpreisbremse müsse durch mehr Transparenz beendet werden. Der Verkauf von öffentlichen Grundstücken sollte nach dem besten Konzept und nicht dem höchsten Preis stattfinden, forderte der SPD-Politiker. Zudem sollte es eine partielle Senkung der Grunderwerbssteuer für sozialen Wohnungsbau geben.

LEHRERMANGEL IST HAUSGEMACHTE MISERE

Schönfärberei bei der Darstellung der Bildungssituation in Hessen hat **Christoph Degen** der schwarzgrünen Landesregierung vorgeworfen. Vielmehr habe sie eine „hausgemachte Bildungsmisere“ zu verantworten.



„Die bestmögliche Bildung für alle Kinder scheitert daran, dass die CDU-geführten Landesregie-

rungen es nicht schaffen, vorausschauend und effektiv zu planen. Der eklatante Lehrermangel, die hohe Anzahl von Lehrkräften ohne entsprechende Qualifikationen an den Schulen und der massive Anstieg bei fachfremd erteiltem Unterricht sind das Ergebnis mangelnder Bereitschaft, Probleme anzugehen.“

Klagen über massive Arbeitsbelastungen von Schulleitungen, schlechte Arbeitsbedingungen an

den Schulen und eine mehr als angespannte Personallage dürften dem in vielen Fragen häufig ahnungslosen Kultusminister seit langem bekannt sein. „Wenn in Hessen rechtzeitig die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und Studienseminaren erhöht worden und in Fort- und Weiterbildung investiert worden wäre, müsste heute nicht mit Notmaßnahmen Versäumtes nachgeholt werden.“

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

RESEPKT FÜR KLARE HALTUNG GEGEN RASSISMUS

Die Äußerungen des Präsidenten von Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, der sich öffentlich zum wiederholten Mal gegen Rassismus und Ausgrenzung ausgesprochen hat, lobte **Thorsten Schäfer-Gümbel** als „beispielhaften Einsatz für unsere Demokratie“. Er dankte Fischer für seine klare Haltung gegenüber Rassismus und Diskriminierung. Respekt und Toleranz sei gerade in dieser Zeit wichtig. Die AfD stehe für das brutale Gegenteil. Schäfer-Gümbel zeigte sich irritiert über das Schweigen der Hessischen Landesregierung und die damit ausbleibende Unterstützung Fischers. „Es befremdet mich, wenn sich der Ministerpräsident einer klaren Haltung entzieht und die Äußerungen von Peter Fischer nicht kommentieren will. Es gibt entscheidende Momente, in denen sich Führungskraft dokumentiert. Einen solchen Moment hat der Ministerpräsident verstreichen lassen.“



Forschung investiert. Da nicht garantiert ist, dass Betroffene nach fünf Jahren geheilt sind, muss man auch Mittel finden, die den späten Rückfall verhindern“, so Sommer. Die gesundheitspolitische Sprecherin kritisierte, die Forschungsförderung als unzureichend.

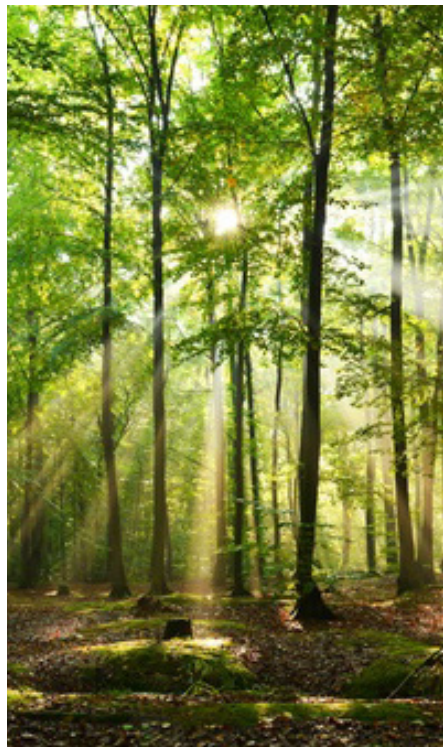


FOTO: KWASNY21 - FOTOLIA

MEHR PERSONAL IM WALD

„Für die SPD ist der Wald Rohstofflieferant, Naturschutzraum, Bildungs- und Erziehungsraum zugleich. Daran muss man den Maßstab für eine nachhaltige Waldwirtschaft anlegen. Die Entscheidung der Landesregierung zur vollständigen FSC-Zertifizierung nach vier Jahren Dauerkonflikt folgt eher dem Prinzip „Am Abend werden die Faulen fleißig“ als einem wirklichen Ende des Konfliktes“, sagte **Thorsten Schäfer-Gümbel**. Für ihn reiche jedoch ein Siegel

alleine nicht aus. Die Kontrolle der Standards sei notwendig. „Wer nachhaltige Forstwirtschaft wirklich will, der muss endlich den Personalabbau und die Vergrößerung der Reviere beenden. Das Gegenteil hat Schwarzgrün jedoch getan.“

SOLIDARITÄT MIT METALLERN

In der Debatte um die Tarifaussensetzung in der Metallbranche hat **Wolfgang Decker** den Streikenden die Solidarität der SPD zugesichert. „Die Forderungen sind berechtigt, da es unter anderem um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um den Erhalt der Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die im Schichtdienst arbeiten, geht. Eine Absenkung der Arbeitszeit bei gleichzeitigem Teil-Entgelt ausgleich würde den Beschäftigten die Möglichkeit besserer Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen eröffnen.“



BESSERE CHANCEN FÜR KREBSPATIENTEN

In der Debatte zur Krebsforschung plädierte die gesundheitspolitische Sprecherin **Dr. Daniela Sommer** für noch mehr Anstrengungen, um Krebs zu vermeiden und früher zu erkennen. „Man kann die Überlebenschancen von Krebspatienten verbessern, indem man noch mehr finanzielle Mittel in die



Ein Narr?

Viel Anstoß hat Inneminister Peter Beuth mit einer Büttrede erregt, in der er über minderjährige Flüchtlinge herzog. Im Landtag bekräftigte er, nicht als Innenminister gesprochen zu haben. Dazu Günter Rudolph: „Beuth hat seine Büttrede dazu genutzt, sich über besonders schutzbedürftige, traumatisierte Menschen zu erheben.“

ZWANGSBEITRÄGE ABSCHAFFEN

Nachdem hessische Kommunen von der Kommunalaufsicht gezwungen worden sind, von Anliegern an sanierten Gemeindestraßen Straßenausbaugebühren zu erheben, hat die SPD-Fraktion deren Abschaffung gefordert. **Günter Rudolph** nennt die Landesregierung verantwortlich dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sich teuer an der Finanzierung der Straßen beteiligen müssten. CDU und Grüne hätten den Kommunen in den letzten Jahren viel Geld genommen. „Und jetzt zwingen Sie unsere Städte und Gemeinden dazu, sich die nötigen Mittel bei den Bürgern zurückzuholen. Es geht hier um bis zu 60.000 Euro.“



TORSCHLUSSPANIK DER KOALITION

Mit den Stimmen von Schwarz-Grün hat der Hessische Landtag den Doppelhaushalt 2018/2019 beschlossen. **Norbert Schmitt** warf der Landesregierung vor, dass sie mit dem Wahlkampfhaushalt lediglich eigene Fehler kaschieren wolle. „Kurz vor der Wahl wollen CDU und Grüne in einem Anflug von Torschlusspanik das Ruder noch herumreißen. Über Jahre hinweg wurden von der CDU massiv Stellen bei der Polizei, in der Justiz und auch in der Steuerverwaltung abgebaut. Nun, kurz vor der Landtagswahl in neun Monaten, wird plötzlich der Kurs korrigiert. Es bestehen aber erhebliche Zweifel, ob diese Kurskorrektur greift,



denn schon jetzt ist absehbar, dass weder ausgebildete Lehrer oder Sozialarbeiter auf dem Markt zu finden sind, noch dass zahlreiche Stellen auch in der Finanzverwaltung oder Ingenieure bei Hessen-Mobil eingestellt werden können. Das ist die Folge der stop-and-go-Politik der Landesregierung.“ Zentraler Mangel des Doppelhaushaltes bleibe seine Investitionsschwäche. „Zu geringe Mittel für den Wohnungsbau, für den Straßenbau, für den ÖPNV, für Breitband im ländlichen Raum, zu geringe Investitionsförderung der Kommunen schaden Hessen.“ Dabei hätten Schwarz-Grün in der gesamten Wahlperiode stünden der Landesregierung über 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen zur Verfügung.

GEKÜRZT!
IHRE LANDESREGIERUNG

GEKÜRZT!
IHRE LANDESREGIERUNG

GEKÜRZT!
IHRE LANDESREGIERUNG

GEKÜRZT!
IHRE LANDESREGIERUNG

KOMMUNEN ZAHLEN „HESSENKASSE“ SELBST

In der Debatte über die sogenannte „Hessenkasse“, die zur Entschuldung von hessischen Kommunen beitragen soll, hat **Torsten Warnecke** an die Verantwortung der Landesregierung für die finanzielle Misere von Städten, Gemeinden und Kreisen erinnert. „Warum sind denn die Kommunen in der prekären Finanzlage? Das Land Hessen hat ihnen seit 2011 jährlich 344 Millionen Euro steigend entzogen. Allein zwischen 2010 und 2015 mehr als 2 Milliarden Euro netto. Und die Bürgerinnen und Bürger zahlen 610 Millio-



nen Euro mehr als noch vor wenigen Jahren. Hier stimmt also strukturell etwas nicht“, so Warnecke. Er kritisierte: „Der Gesetzesentwurf ist maßgeblich gekennzeichnet vom Misstrauen der Landesregierung gegenüber der kommunalen Familie. Betrachtet man aber die Leistungen unserer Städte und Gemeinden, dann haben sie mit Sicherheit kein Misstrauen verdient, sondern Res-

pekt und Wohlwollen des Landes.“ Dass sich die Landesregierung für dieses Programm auch noch groß feiere, sei schon absurd. Betrachte man die Herkunft des Geldes, das der Umschuldung dienen



EINEN GELDREGEN KÖNNEN
DIE KOMMUNEN VOM LAND
NICHT ERWARTEN.

solle, könne man feststellen, dass es sich dabei maßgeblich um kommunales Geld handele. „Von prognostizierten 300 Millionen Euro zahlen die Kommunen 239 jährlich selbst“, urteilte Warnecke.

PROBLEM WIRD HERBEIGEREDET

Obwohl kein Fall einer voll verschleierte Schülerin in Hessen bekannt ist, hat die FDP einen Gesetzentwurf zu den Kleidungs Vorschriften an hessischen Schulen eingebracht. **Christoph Degen** sagte dazu „Damit wird ein Problem herbeigeredet, das überhaupt nicht existiert.“



Falls es doch einmal aufkomme, müsse geprüft werden, ob es nicht auf anderen Wegen zu lösen sei. „Ob die derzeitige Regelung aus dem Jahr 2012 ausreichend ist, muss die Anhörung im kulturpolitischen Ausschuss zeigen.“

Degen sagte weiter: „Der Gesetzentwurf gaukelt der Öffentlichkeit vor, dass künftig massenhaft Schülerinnen mit einer Gesichtverschleierung auf Hessens Schulbänken sitzen werden. Dies ist aus Sicht der SPD eher unwahrscheinlich.“

Insgesamt werfe der Gesetzentwurf viele Fragen auf, die im parlamentarischen Verfahren gründlich bearbeitet werden müssten.

JUSTIZ BRAUCHT VERTRAUEN

Einen wehrhaften Rechtsstaat hat **Heike Hofmann** in der Erwiderung auf eine Regierungserklärung der Justizministerin gefordert. Dieser müsse mit ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden, damit die Menschen Vertrauen in eben jenen Rechtsstaat haben könnten.



Die hessische Justiz sei in den 19 Jahren unter CDU-geführten Landesregierungen systematisch in Unordnung gebracht worden. Anfang des jetzigen Jahrtausends habe ein immenser Personalabbau stattgefunden. Über 800 Stellen seien bei der hessischen Justiz damals gestrichen worden, 2014 habe es unter schwarz-grün einen weiteren Personalabbau von mindestens

350 Stellen gegeben. „Auf Grund der näher rückenden Landtagswahl versuchen CDU und Grüne nun, der ausgehungerten Justiz ein paar Brotkrumen in Form von neu geschaffenen Stellen hinzuwerfen. Der Raubbau, den insbesondere

die Union im letzten Jahrzehnt an der Justiz betrieben hat, kann damit aber nicht rückgängig gemacht werden“, sagte Hofmann.

Die SPD-Justizexpertin kritisierte auch die überlange Dauer von Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in Hessen. Auch beim Opferschutz gebe es Defizite: Es bleibe unverständlich, dass die Koalition nach wie vor einen Opferschutzfonds ablehne, der Kriminalitätsoffern schnell helfen könne.

HÖCHSTE ZEIT FÜR KLIMASCHUTZ

Als „neues Kapitel schwarzgrüner Belanglosigkeiten“ hat **Angelika Löber** einen Antrag von CDU und Grünen zum Klimaschutz kritisiert. Sie bemängelte vor allem, dass nach wie vor keinerlei Informationen darüber vorliegen würden, was die Landesregierung seit März 2017 konkret unternommen habe. Bis 2019 sollten 42 der 140 Maßnahmen des Klimaschutzplans begonnen haben. Doch bis heute nicht klar, ob damit überhaupt das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent zu reduzieren, erreicht werden könne.



MEHR KONTROLLE BEI MINDESTLOHN

Schärfere Kontrolle im Hinblick auf den gesetzlichen Mindestlohn hat **Wolfgang Decker** gefordert. „Für Arbeitgeber, die sich an Mindest- oder Tariflöhne halten, ist es ein Schutz vor Dumpinglohnkonkurrenz und für Beschäftigte ist es der Schutz vor unzumutbaren Niedrigstlöhnen.“ Dass Arbeitgeber die Vorschriften zum Mindestlohn umgehen, dürfe nicht toleriert werden. Diese Verstöße dürften auch nicht durch mangelnde Durchsetzung der Gesetze oder mangelnde Kontrolle gefördert werden.



Impressum
SPD-Fraktion im Hessischen
Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Gerfried Zluga-Buck
Christoph Gehring
Martina Häusl-David
Valeska Fuhr